

Der hohe Preis der saubereren Energie

RWE-Chef Rolf Martin Schmitz spricht im Nell-Breuning-Haus über den Weg in die Zukunft der Stromversorgung

VON CHRISTIAN EBENER

HERZOGENRATH. Es gab einige Aussagen von RWE-Chef Rolf Martin Schmitz, die im Nell-Breuning-Haus aufhorchen ließen. Im Rahmen der „Kohlegesprache“ stellte sich der Vorstandsvorsitzende des Energiekonzerns den Fragen von Hausleiter Manfred Körber und dem Publikum – und nahm dabei kein Blatt vor den Mund. So stellte er den Erhalt des Hambacher Forsts in Aussicht, rechnete mit der Politik ab und verteidigte die Umsiedlungen im Braunkohlerevier. Lob fand er dabei an überraschender Stelle: „Die Grünen sind die einzige Partei, die sich mit Inhalten beschäftigt“, so Schmitz.

Rodungsstopp bis 2020

Im Rahmen der „Kohlegesprache“ hatten bereits Umweltaktivistin Antje Grothus („Buirer für Buir“) und Malte Lückert (IG BCE) die Möglichkeit gehabt, ihre Positionen dem Publikum zu erklären und sich kritischen Nachfragen zu stellen. Nun zeigte sich Rolf Martin Schmitz als ein Freund klarer Worte und machte mehrfach deutlich: Die RWE AG sehe die Zukunft klar in den regenerativen Energien und werde die Vorschläge der Kohlekommission akzeptieren.

Jedoch müsse eine Gesellschaft, die über die Politik entsprechende Forderungen ausdrückt, auch dazu bereit sein, die Kosten zu tragen. Schon in 2020 werde das wirtschaftliche Ergebnis von RWE zu 60 Prozent von erneuerbaren Energien ausgemacht, lediglich 20 Prozent entfielen noch auf herkömmliche Erzeugungsarten, rechnete Schmitz vor.

Elementares Thema

Natürlich war bei der Diskussion in der Region auch klar, dass der Hambacher Forst schnell ein elementares Thema wird: „Wir werden für Hambach eine komplette Neuplanung vornehmen“, sagte Schmitz ohne Umschweife zu, stellte aber ebenso klar, dass der 200 Hektar große Wald „ein Symbol ist. Das hat mit Rationalität nichts zu tun und man kann nicht verlangen, dass wir das alles bezahlen sollen.“ So beziffer-



RWE-Chef Rolf Martin Schmidt (l.) spricht bei den „Kohlegesprachen“ mit Manfred Körper, Leitung des Nell-Breuning Hauses, und dem Publikum. Er nimmt vor allem die Politik in die Pflicht.

FOTO: CHRISTIAN EBENER

te der RWE-Chef alleine die Kosten für die Neuplanung auf eine Milliarde Euro und den Zeitaufwand auf bis zu 15 Jahre.

Gleichzeitig bekräftigte er den zugesagten Rodungsstopp bis 2020, währenddessen weiter verhandelt werden soll. An den Tagebauen in Inden und Garzweiler halte RWE dagegen weiter fest, diese würden bis 2030 (Inden) und 2038 (Garzweiler) komplett „ausgekohlt“, so Schmitz, der seine aktuelle Position seit Oktober 2016 bekleidet.

Nicht nur einmal äußerte der Ingenieur dabei herbe Kritik an der Politik, die in seinen Augen die entscheidenden Gespräche mit Blick auf Wahlkämpfe immer wieder verschiebe. Wenn die Umstellung auf regenerative Energien funktionieren solle, so sei das nur mit der Unterstützung von Gaskraftwerken, die auch durch „grünes Gas“ betrieben werden könnten, und eventu-

ell Energiezukaufen aus dem Ausland möglich. „Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass Deutschland energieautark leben kann“, stellte er unmissverständlich

„Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass Deutschland energieautark leben kann.“

Rolf Martin Schmitz,
RWE-Chef

klar. Dies sei bei einer so hohen Bevölkerungsdichte nicht möglich. Um die nötigen Klimaziele trotzdem zu erreichen, müssten zudem Speichertechnologien und Stromautobahnen vorangebracht werden. „Ich wünsche mir, dass die ‚Fridays for Future‘-Bewegung das auch in die Elternhäuser trägt. Wir müssen bereit sein, die Folgen [des Umstiegs auf regenerative Energien, Anm. d. Red] zu tragen!“, so der 62-Jährige, der in Aachen seine Universitätslaufbahn absolvierte.

Auch angesprochen auf die Umsiedlungen im Braunkohlerevier blieb Schmitz deutlich. „Da muss eine Immenrather Mühle eben auch mal fallen“, betonte er mit Bezug auf den Abriss des denkmal-

geschützten Gebäudes. Ohne die herkömmlichen Energiequellen sei ein Umstieg auf neue Ressourcen nicht möglich, betonte Schmitz. Zudem sehe er beim Umgang mit dem Strukturwandel einen deutlichen Unterschied zwischen der Lausitzer Braunkohleregion und dem Rheinland. „Dort wurden die Augen davor verschlossen“, stellte er fest und hatte gleichzeitig ein Lob für die Herangehensweise im Raum Aachen parat, wo adäquat neue Jobs geschaffen worden seien.

Zum Jobverlust durch den Kohleausstieg äußerte sich Schmitz beschwichtigend. Ohnehin seien al-

lein bis 2020 3200 Mitarbeiter über 58 Jahre alt, viele weitere würden bis zum endgültigen Kohleausstieg folgen und könnten in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Dass der Rest adäquate Stellen finden werde, sei für ihn eigentlich sicher. Ob es nach 2038 noch den Standort in Eschweiler-Weisweiler geben werde, konnte der RWE-Chef aber noch nicht sagen. Ob eine mögliche Nutzung als Standort für ein Gaskraftwerk in Frage komme, könne man aktuell nicht seriös versprechen. Gleichzeitig machte Schmitz Hoffnungen, dass der Strompreis, der ohnehin zu großen Teilen aus Staatsumlagen bestünde, nicht extrem steigen werde – wenn man es schaffe, in Deutschland weniger national zu denken und sich mehr zu trauen.

Inhalte statt Wahlkampf

„Wir verwalten und klagen uns tot“, stellte er markant fest: „Wir müssen auf Inhalte statt Wahlkampf setzen und die Grünen sind die Einzigen, die sich im Moment mit Inhalten beschäftigen. [...] Wir sind durch zu viele rechtliche Hürden in Deutschland blind unterwegs.“

Schlussendlich könne die Energieversorgung der Zukunft „nur durch die Sonne kommen. Das Klimaproblem hat das Ressourcenproblem ja nur verschärft.“ Zwar versprach er für diese Zukunft auch ein anhaltendes Engagement in der Region („Wir werden hier noch Jahrzehnte tätig sein“), doch der Erhalt des Energielandes NRW sei aufgrund der dichten Besiedlung nicht möglich. Sein Unternehmen werde schließlich das tun, was die Gesellschaft und Wähler fordern – doch dafür werde RWE nicht die Zehne zahlen.